

13 Kommunen verpflichten sich zu maßvoller Siedlungsentwicklung

Ein Regierungspräsident, zwei Landräte, drei Oberbürgermeister und zehn Bürgermeister setzen sich künftig gemeinsam für ein nachhaltiges Flächenmanagement in der Region Freiburg ein. In Südbaden wie im Land ist der Flächenverbrauch bereits spürbar zurückgegangen.

Von Karl-Heinz Zurbonsen

FREIBURG. 13 Städte und Gemeinden haben am Montag im Freiburger Rathaus eine freiwillige Vereinbarung unterzeichnet, die darauf abzielt, eine zukunftsfähige, bedarfsorientierte und qualitätsvolle Siedlungsflächenentwicklung zu verwirklichen, um einen aktiven Beitrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs zu erreichen.

Landräte und Bürgermeister wollen Flächenverbrauch einschränken

Die Aktion zur Schonung der Außenflächen wird unter anderem von Freiburg, Herbolzheim, Waldkirch, Emmendingen, Gottenheim, Schallstadt und Ballrechten-Dottingen, von den Landräten Hanno Hurth (parteilos/Emmendingen) und Dorothea Störr-Ritter (CDU/Breisgau-Hochschwarzwald) sowie vom Regionalverbandsvorsitzenden Otto Neideck (CDU) unterstützt.

Südbadens Regierungspräsident Julian Würtenberger (CDU), der schon bei seinem Amtsantritt ein



Rathauschefs verschreiben sich dem schonenden Flächenverbrauch: In Freiburg unterzeichneten sie eine Vereinbarung dazu. FOTO: ZURBONSEN

schonendes Flächenmanagement zu seiner Herzensangelegenheit erklärt hatte, lobte ausdrücklich die Region Freiburg, die das „Thema schon verinnerlicht“ habe. Er appellierte an die Regionen östlich des Schwarzwaldkamms, sich aktiver als bisher am Flächeneinsparen durch eine sinnvolle Nach- und Innenverdichtung zu beteiligen. Es gehe ihm dabei keineswegs um eine Bevor-

mundung der kommunalen Planungshoheit, betonte Würtenberger, „die wollen wir nicht antasten.“

Die kommunale Planungshoheit sei gewährleistet, allerdings bloß innerhalb rechtlicher Grenzen: Sie müsse sich deshalb die Frage nach dem angemessenen Wachstum in der Fläche gefallen lassen. Aber viel entscheidender sei es, dass die Kommunen erkannt hätten, dass einer

angemessenen Innenentwicklung der Vorzug vor der Ausbreitung in die Fläche zu geben sei. Dies komme ihnen angesichts der demografischen Entwicklung selbst zugute, wie Würtenberger meint: „Sie bewahren ihre attraktiven Ortskerne, bewahren landwirtschaftliche Nutzfläche und sie schonen ihre Gemeindefinanzen, weil sie keine unnötige Infrastruktur auf der grünen Wiese

vorhalten müssen“. Würtenberger forderte alle Kommunen auf, auf Außenentwicklungen zu verzichten, ehe nicht alle brachliegenden Flächen im Innern einer vernünftigen Nutzung zugeführt seien.

Derzeit so wenig Neuf Flächen ausgewiesen wie vor 20 Jahren

Die Bremsmanöver von Landespolitik und Baubehörden zeigen im Südwesten schon Wirkung: Der Flächenverbrauch sinkt seit zwei Jahren im Land und auch im Regierungsbezirk. Das baden-württembergische Umweltministerium teilt mit, dass der Flächenverbrauch von landesweit 10,3 Hektar pro Tag im Jahr 2007 auf 8,2 Hektar pro Tag im Jahr 2008 gesunken ist. Derzeit wird nach Berechnungen des Ministeriums täglich eine Fläche von etwa zwölf Fußballfeldern für Siedlungs- und Verkehrszwecke umgewidmet. Das sei der niedrigste Wert seit den Jahren 1984 bis 1988 – aber immer noch sehr viel, hieß es aus Stuttgart.

Für Südbaden hat das Regierungspräsidium einen Flächenverbrauch von 1,9 Hektar pro Tag und insgesamt 678 Hektar im Jahr 2007 und 1,5 Hektar pro Tag und insgesamt 553 Hektar im Jahr 2008 ermittelt. „Es sind erste Anzeichen für eine Trendwende zu erkennen“, so Umweltministerin Tanja Gönner (CDU), „das Werben und die Anstrengungen für eine Flächen schonende Siedlungspolitik kommt zusehends bei den Kommunen an.“ Trotz der positiven Entwicklung

gebe es noch keinen Anlass zum Jubel, betonte die Umweltministerin. Der anhaltende tägliche Verlust naturnaher Lebensräume bleibe weiterhin ein Sorgenkind. Jetzt müsse es denn auch darum gehen, den positiven Trend weiter zu verstärken und so den Flächenverbrauch stetig zurückzudrängen.

„Es muss sich die Erkenntnis noch breiter durchsetzen, dass es keine Zukunft haben kann, bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen immer neue Wohn- und Gewerbegebiete auszuweisen“, sagte Gönner. Entscheidend sei, dass es gelinge, die Potenziale im vorhandenen Bestand zu nutzen und zu aktivieren. Gönner zufolge müssten im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie neue Wege zu einer umweltschonenden Siedlungspolitik aufgezeigt werden.